Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 33. Plenumsitzung vom 5. Februar 2014

19.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend

Ratspräsidentin Carmen Marty Fässler

29 Ratsmitglieder

Ratssekretärin Ida Hofstetter

Protokoll

Ratsweibelin Lydia Schumacher

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat

Harald Huber

Renato Günthardt

Stephan Herzog

Ronald Portner

Astrid Romer Schneiter

Susy Senn

Patrick Stutz

Stadtpräsident

Soziales

Jugend und Sport

Finanzen

Bau und Planung

Sicherheit und Gesundheit

Werkbetriebe

Stadtschreiberin

Andrea Bertolosi-Lehr

Schulpflege

Rita Rapold

Schulpräsidentin

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Allgemeine Fragestunde

2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat/die Schulpflege

2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat/die Schulpflege

3. Projekt Gemeinwesenorientierte Quartierentwicklung (2013-240)

Antrag des Stadtrates auf Bewilligung eines wiederkehrenden Kredites für den Zeitraum von maximal fünf Jahren von jährlich netto 90'000 Franken (total für fünf Jahre 450'000 Franken)

4. Erstellung eines Integrationskonzeptes

Postulat von Sait Acar, Begründung

5. Städtische Liegenschaftenverwaltung (2013-300)

Interpellation von Franco Rossi und 13 Mitunterzeichneten, Beantwortung

6. Quartierentwicklung Dietlimoos/Grütpark (2013-288)

Interpellation von Thomas Fässler und einem Mitunterzeichneten, Beantwortung

7. Neuerungen Kinderbetreuung

Interpellation von Mario Senn und zehn Mitunterzeichneten, Begründung und mündliche Beantwortung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:
Gabi Barco Greiner, Ruedi Bräuer, Raphael Egli, Simon Jacoby, Daniela Morf.

1.2 Information bezüglich der Beschwerde der Fraktion der Freien Wähler

Am 20. Januar hat der Bezirksrat über die Beschwerde der Fraktion der Freien Wähler bezüglich der neuen Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates entschieden, sie haben den Beschluss per Mail erhalten. Wie daraus hervorgeht, hat der Bezirksrat die Beschwerde teilweise gutgeheissen und die Art. 3 Abs. 2, Art. 16 sowie Art. 22 Abs. 3 aufgehoben.

Das Büro hat an seiner Sitzung vom 30. Januar entschieden, dem Rat einen Antrag für den Weiterzug des Bezirksratsentscheides zu stellen. Über die Aufnahme auf die heutige Traktandenliste wird unter 1.9 befunden.

1.3 Information zum Parlamentsversand

An der letzten Ratssitzung haben die Ratsmitglieder eine Umfrage bezüglich der Art des Ratsversandes erhalten mit der Bitte, ihre Präferenzen anzugeben. Das Resultat sieht wie folgt aus:

- 10 Mitglieder wünschen die Ratsunterlagen nur noch elektronisch
- die übrigen 26 wünschen die Ratsunterlagen wie bisher, also elektronisch und in Papierform.

1.4 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von den Sitzungen vom 6. November und 4. Dezember 2013 haben Rechtskraft erlangt.

1.5 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

Stadtrat Ronald Portner zu einer pendenten Frage aus der Dezember-Sitzung

Frage von Ueli Gräflein: Als Liegenschaftsverwalter sehe ich auch die städtischen Liegenschaften mit kritischen Augen, z. B. dass gewisse Liegenschaften schneller einen Handlungsbedarf für kleinere Sanierungen haben wie Fassadenverputze, die abblättern, Fenster, die durch Hagel beschädigt sind. Wenn solche Schäden schneller behoben würden, wäre der nachwirkende Schaden geringer. So hätten z. B. die Fenster des Bruggenhauses schon vor zwei Jahren einen neuen Farbanstrich benötigt. Die Fassadensanierung der Häuser an der Soodstrasse 34 und 36 sind jetzt fürs 2014 budgetiert worden, die hätte man schon vor zwei oder drei Jahren machen sollen. Es sind kleine Schäden, aber wenn man sie nicht behebt, dringt Regen ein, der Winter kommt und schon vergrössert sich der Schaden ums x-fache. Wieso reagiert man nicht schneller?

Antwort von Stadtrat Ronald Portner:

Als Basis für bauliche Massnahmen dient die Unterhaltsplanung der einzelnen Liegenschaften. Die Priorisierung der Arbeiten erfolgt in erster Linie über die beschränkten finanziellen Mittel. Selbstverständlich wird der monetäre Aspekt mit einer Risikoabwägung bezüglich dem Zustand der Bausubstanz abgewogen. Folgeschäden aufgrund verzögerter Unterhaltsmassnahmen sollen dabei vermieden werden. Instandhaltungsarbeiten werden jedoch zwingend und unmittelbar ausgeführt, wo die Gebrauchstauglichkeit des Objektes gefährdet wäre. Dieses Vorgehen kann jedoch durch eine Änderung der Objektstrategie beeinträchtigt werden. Eine potentielle Veräusserung kann dazu führen, dass anstehende Arbeiten zurückgestellt werden, um finanzielle Mittel nicht ineffizient einzusetzen. Die Argumentationskette sieht wie folgt aus:

- Unterhaltsplanung als Basis
- Priorisierung über verfügbare finanzielle Mittel
- Risikoabwägung bezüglich Bausubstanz
- Instandhaltung für den Erhalt der Gebrauchstauglichkeit ist zwingend
- Objektstrategie kann zugrundeliegende Planung verändern

1.6 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen**Fraktionserklärung von Daniel Frei, Freie Wähler:**

Erfreut haben die Freien Wähler (FW) Kenntnis vom Entscheid des Bezirksrates genommen. Nicht in allen Punkten, jedoch im Grundsatz anerkennt der Bezirksrat die Beschwerde der FW als berechtigt. In den Bürositzungen, in der die Geschäftsordnung beraten wurde, und schliesslich auch an der Gemeinderatssitzung vom 6. März 2013 wurden die von Anfang an klar begründeten Einwände der FW teilweise wegdiskutiert. Um Rechtssicherheit zu erlangen, haben die FW ihre Einwände mittels Beschwerde beim Bezirksrat vorgebracht. Der Antrag war so klar formuliert, dass er auf einem zweiseitigen Brief Platz fand. Fast ein Jahr hat es nun gedauert, bis die Beschwerde beantwortet werden konnte. Ausschlaggebend für diese lange Zeit war sicher auch das 33-seitige argumentative Meisterwerk der Beschwerdegegnerin. Dieses umfassende Werk hat sicher für einen erhöhten Aufwand auf Seite des Bezirksrates geführt. Um die Wartezeit nicht noch mehr in die Länge zu ziehen, haben wir dazu bewusst keine Stellung mehr genommen. Die Einwände der FW waren von Anfang an gerechtfertigt. Obschon wir mit der Beschwerde zum Hauptteil Erfolg hatten, bleibt der fahle Nachgeschmack, weil wir hier teilweise klar angegriffen wurden betreffend unser Vorgehen. Es ging uns von Anfang um Rechtssicherheit, darum haben wir die Beschwerde an den Bezirksrat eingereicht. Wir haben unser Recht genutzt und nichts anderes. Die Beschwerdegegnerin will nun den Entscheid an die nächste Instanz weiterziehen. Auch das ist ihr gutes Recht, und wir können im Grundsatz nicht dagegen sein. Wenn der Gemeinderat an der heutigen Sitzung in einem eventuellen späteren Traktandum darüber diskutiert, ob das Urteil an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden soll, muss sich jeder selber überlegen, ob er das Risiko von weiteren Kosten, einem weiteren negativen Entscheid und weiteren Verzögerungen eingehen will. Wir als Beschwerdeführer haben uns von Beginn gesagt, dass wir jeden Entscheid des Bezirksrates akzeptieren werden, auch wenn nicht alle Punkte gutgeheissen wurden. Wir wollen keine weitere Verzögerung mehr provozieren. Die FW werden in der allfällig folgenden Diskussion selbstverständlich in den Ausstand treten.

1.7 Protokoll

Zum Protokoll vom 4. Dezember 2013 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt das Protokoll als genehmigt.

1.8 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung ist geplant am Mittwoch, 5. März 2014.

1.9 Traktandenliste

Die Ratspräsidentin bittet um Aufnahme des neuen Traktandums *Entscheid des Bezirkrates zur Beschwerde der Fraktion der Freien Wähler betr. Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Antrag des Büros, den Entscheid des Bezirkrates weiterzuziehen* als Nummer 3, nach der Fragestunde.

Die Anwesenden sind damit einverstanden. Demnach verschieben sich die bisherige Nr. 3 und die folgenden Nummern um eine Position.

Weitere Änderungen zur Traktandenliste gibt es nicht.

Aufgrund diverser Anfragen informiert die Ratspräsidentin zur Reihenfolge der Traktandenliste. Die Usanz ist wie folgt:

- Mitteilungen
- Einbürgerungsgesuche
- Allgemeine Fragestunde
- Wahlen
- Anträge des Stadtrates
- Anträge der Schule
- parlamentarische Vorstösse in der Reihenfolge von Motionen, Postulaten und Interpellationen. Innerhalb dieser Reihenfolge werden zuerst die Beantwortungen des Stadtrates vor den Begründungen der neuen Vorstösse behandelt. Aus dieser Logik hat sich ergeben, dass die Interpellation von Mario Senn, die an der letzten Ratssitzung nicht mehr behandelt wurde, wiederum an letzter Stelle aufgeführt ist.

2. Allgemeine Fragestunde

2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

Mario Senn:

Ende 2012 beschloss der Regierungsrat neue Grundlagen zur Berechnung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge, welche für das Jahr 2013 wirksam wurden. Dies führte zu einer starken Zunahme der Fallzahlen sowie auch der Beiträge. Einzelne Gemeinden registrierten eine Verdreifachung der Kosten. Der Gemeinden haben beim Regierungsrat protestiert, der deshalb Anfang dieses Jahres beschloss, die Ansätze so zu ändern, dass ab sofort weniger Personen in Genuss dieser Leistungen kommen. Meine Fragen:

1. Wie viele Personen erhielten 2012 unter dem alten Regime Kleinkinderbetreuungsbeiträge und wie hoch waren die Kosten für Adliswil insgesamt?
2. Wie veränderten sich diese Zahlen im Jahr 2013?
3. Wie werden sich die Zahlen mit dem neuen Beschluss des Regierungsrates verändern?

Stadtrat Renato Günthardt:

Gerne antworte ich auf die gestellten Fragen. Über die Gründe der Steigerung habe ich dannzumal bereits informiert. Vorab zur Information, was sind Kleinkinderbetreuungsbeiträge: Sie sind Mittel zur frühen Förderung, da die Familie als wichtigster Ort frühkindlicher Förderung, Betreuung und Erziehung angesehen wird. Die Beiträge ermöglichen Eltern mit geringem Einkommen und Vermögen, dass sie sich persönlich und verstärkt um die Betreuung der Kinder kümmern können. Die Beiträge werden längstens bis zum zweiten Geburtstag des Kindes ausgerichtet.

Zur 1. Frage:

Total Familien 2012: 16. Begünstigt sind Familien mit Kindern bis 2jährig, unabhängig von der Anzahl Personen in einer Familie. Total Kosten 2012: 122'220 Franken.

Zur 2. Frage:

Total Familien 2013: 46, also 30 mehr.

Total Kosten 2013: 578'189 Franken, d. h. plus 455'969 Franken im Vergleich zu 2012.

Zur 3. Frage:

Um den Kostenanstieg zu dämpfen, hat der Regierungsrat auf Druck der Gemeinden und auch der Sozialkonferenz eine Änderung der Verordnung über die Alimentenhilfe und die Kleinkinderbetreuungsbeiträge beschlossen. Diese umfasst folgende Massnahmen: Kürzung der Vermögensgrenzen und –freibeträge, Kürzung bei den anerkannten Lebenskosten, Streichung des regionalen Zuschlags gemäss EL-Gesetzgebung. Die genannten Änderungen sind per 1. Januar 2014 in Kraft getreten, für alle bisherigen Entscheide und Gesuche, welche bis zum 31. Dezember 2013 eintrafen, gilt das bisherige Recht bis zum 30. September 2014. Es ist davon auszugehen, dass die Anpassungen deutlich stärker Paare als alleinerziehende Eltern treffen werden. Der Regierungsrat geht davon aus, dass 30 % der 2-Elternhaushalte infolge der Veränderungen auf Kleinkinderbetreuungsbeiträge verzichten müssen. Aufgrund der oben erwähnten Übergangsfrist wird eine finanzielle Entlastung für die Gemeinden voraussichtlich erst im Jahr 2015 in vollem Umfange eintreten. Ob sich die Kosten für die Kleinkinderbetreuungsbeiträge - wie vom Regierungsrat angenommen - halbieren werden, wird sich in den nächsten zwei Jahren zeigen.

Mittelfristig soll im Übrigen zudem ein Monitoring aus ausgewählten Gemeinden Aufschluss darüber geben, wie sich die Massnahmen auswirken und welchen Stellenwert die Kleinkinderbetreuungsbeiträge im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe haben. Die Stadt Adliswil ist eine der ausgewählten Zürcher Gemeinden und nimmt an diesem Monitoring teil.

Ueli Gräflein:

1. Hat die Stadt Adliswil schon vom Zeitvorsorge-Projekt gehört und sich mit diesen Gedanken auseinandergesetzt?
2. Ist die Stadt Adliswil bereit, das Zeitvorsorge-Projekt im Gesamtkonzept der Altersfragen aufzunehmen?

Stadtrat Renato Günthardt:

Zur 1. Frage:

Ja. Mit dem Gedanken eines Zeitvorsorge-Projekts hat sich das Ressort Soziales im Rahmen der Thematik Altersfragen bereits auseinandergesetzt.

Zur 2. Frage:

Es gibt verschiedene Projekte, die sich aktuell mit dem Thema Zeitvorsorge befassen, deren mögliche Umsetzung ist auch bei uns ein Thema. Am 5. April findet in Adliswil ein Informationsmarkt mit Angeboten für die ältere Bevölkerung sowie Vorträgen zum Thema Alter und gesellschaftliche Partizipation statt, den das Ressort Soziales organisiert. Einer dieser Vorträge befasst sich explizit mit dem Thema Zeitvorsorge und stellt ein Modell namens KISS vor, das im Rahmen einer genossenschaftlichen Organisation auf dem Grundsatz der Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit mittels Zeitgutschriften aufbaut. Grundsätzlich ist das Ressort Soziales einer solchen Idee gegenüber positiv eingestellt.

Gerne lade ich Sie ein, den Infomarkt am 5. April zu besuchen, Einladungen folgen.

Ueli Gräflein:

1. Beim Coop auf dem Bahnhofplatz stehen Bauprofile. Was bedeutet das?
2. Ist ein allfälliger Umbau des Coops mit dem Projekt der Neugestaltung des Bahnhofplatzes vereinbar?
3. Was geschieht mit dem Schulhaus Brugg?

Stadträtin Astrid Romer:

Zur 1. Frage:

Der Coop hat ein Baugesuch eingereicht. Gegenstand ist die Erweiterung des Supermarkts. Gemäss § 311 des Planungs- und Baugesetz sind Bauvorhaben vor der öffentlichen Bekanntmachung auszustecken. Die Publikation ist noch nicht erfolgt. Sobald dies der Fall ist, kann das Baugesuch von jedermann eingesehen werden.

Zur 2. Frage:

Das Bauvorhaben erfolgt auf Privatgrundstücken. Die Neugestaltung des Bahnhofplatzes hat nichts mit dem Baugesuch zu tun. Die Prüfung einer Abstimmung des Vorhabens mit dem öffentlichen Grund erfolgt im Rahmen des baurechtlichen Verfahrens.

Zur 3. Frage:

Das Schulhaus Brugg steht in keinem Zusammenhang mit dem Baugesuch. Dessen

Nutzung und das Haus selbst bleiben unverändert. Allfällige Veränderungen sind im Rahmen zukünftiger Entwicklungsplanung des Zentrums West zu prüfen.

2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

Franco Rossi:

Anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung hat der Stadtpräsident Harald Huber zum Stand der Zusammenlegung der Liegenschaftenverwaltungen folgende Erläuterung abgegeben: „Alles, was mit Schulgrossojektien zusammenhängt, übernimmt die städtische Liegenschaftenverwaltung.“ Es macht durchaus Sinn, wenn Kleinprojekte durch die Schule direkt erledigt werden können. Keinen Sinn allerdings macht es, wenn keine klare Trennung vorgesehen ist, und dies ist laut Dienstbarkeitsvertrag nicht der Fall. Ich bitte um eine Erklärung und Festlegung einer Trennung.

Stadtpräsident Harald Huber:

Wie lautet deine Frage?

Franco Rossi:

Wo ist die Trennung zwischen Grossojektien und Kleinprojekten in der Liegenschaftenverwaltung zwischen Stadt und Schule?

Stadtpräsident Harald Huber:

Wo die Trennung genau liegt, kann ich jetzt nicht an die Wand schreiben. Aber wir können gerne einmal zusammensitzen und die Frage genauer besprechen. Ich habe den Dienstbarkeitsvertrag mit der genauen Kompetenzregelung nicht auswendig im Kopf, da hast du hoffentlich Verständnis, denn der ist ziemlich umfassend. Wenn du die Frage schriftlich eingereicht hättest, hätten wir übers Wochenende Zeit gehabt, eine konkrete Antwort zu geben. Du kannst aber gerne mit mir und Rony Portner zusammensitzen, dann schauen wir das an.

Farid Zeroual:

Anlässlich der Beratung der rechtlichen Verselbständigung der Pensionskasse Adliswil am 5. Dezember 2012 habe ich folgende Frage gestellt: „Welche Auswirkung hat der Übertrag des städtischen Liegenschaftsbestandes auf die Pensionskasse auf die beabsichtigte Transformation der Liegenschaftsabteilung 2014, konkret auf das Projekt „Zusammenlegung Stadt und Schule“?“. Aufgrund der sehr aufschlussreichen Beantwortung der Interpellation von Franco Rossi „personelle Situation Liegenschaftsverwaltung“ stellen sich einige Anschlussfragen:

- Hat sich die Pensionskasse entschieden, ihre Liegenschaftsbewirtschaftung bei der Stadt Adliswil einzukaufen?
- Wenn ja, wie wurde das geregelt?
- Wie viele Ressourcen müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Ronald Portner:

Ich nehme die Fragen auf und werde sie das nächste Mal ausführlich beantworten.

3. Entscheid des Bezirksrates zur Beschwerde der Fraktion der Freien Wähler betr. Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates

Antrag des Büros, den Entscheid des Bezirksrates weiterzuziehen

Die Ratspräsidentin Carmen Marty Fässler:

Auf Anfrage des Büros ist es für die Fraktion der Freien Wähler selbstverständlich, für dieses Geschäft in den Ausstand zu treten. Demnach bitte ich Harry Baldegger, Dani Frei und Heinz Melliger, im Publikum Platz zu nehmen.

Für Heinz Melliger, der Stimmzähler ist, ernenne ich Karin Hug als Ersatzstimmzählerin für dieses Traktandum.

Hanspeter Clesle, Referent des Büros:

Der Bezirksrat hat die Beschwerde der Freien Wähler geprüft und einzelne Artikel in der neuen Geschäftsordnung (GeschO) des Grossen Gemeinderates aufgehoben. Zudem verlangt er, dass in der GeschO der Begriff "Oberaufsicht" ersetzt werden solle, weil Oberaufsicht für die Gemeindeebene nicht angemessen sei. Das Büro beantragt dem Rat, diesen Beschluss weiterzuziehen, und zwar aufgrund von folgenden Argumenten: Der Rat hat sich an der März-Sitzung 2013 klar dafür ausgesprochen, den Begriff "Oberaufsicht" nicht durch "Aufsicht" zu ersetzen, mit 28 : 3 Stimmen. Sie können die Gründe dafür im Protokoll, Seite 701 - 703 und in unserer Stellungnahme zuhanden des Bezirksrates vom 20. Juni 2013 nachlesen. Der Bezirksrat wirft dem Gemeinderat nun vor, er würde damit gegen das Gemeindegesetz verstossen. Das ist unseres Erachtens unhaltbar:

1. Das Gemeindegesetz (GG) sieht vor, dass die Gemeindeversammlung die Oberaufsicht über die Verwaltung innehat. Ich zitiere § 41 Absatz 2:
 „Der Gemeindeversammlung steht die Oberaufsicht über die gesamte Gemeindeverwaltung, die Festsetzung der Voranschläge und des Gemeindesteuerfusses sowie die Abnahme der Jahresrechnungen und der Bauabrechnungen aus Spezialbeschlüssen zu.“
 Die Kompetenzen der Gemeindeversammlung können gemäss § 88a GG auf den Grossen Gemeinderat übertragen werden. Ich zitiere § 88a Absatz 1:
 „Weitere politische Gemeinden, die mehr als 2000 Einwohner zählen, können durch die Gemeindeordnung im Rahmen der folgenden Bestimmungen die Gemeindeversammlung aufheben und deren Befugnisse einem Grossen Gemeinderat übertragen, soweit sie nicht den Stimmberechtigten vorbehalten bleiben.“
 Es kann also nicht sein, dass - wie der Bezirksrat behauptet – die Oberaufsicht auf der Gemeindeebene nicht erlaubt sein soll.
2. Die Gemeindeordnungen sind jeweils durch den Regierungsrat zu genehmigen, sonst können sie nicht in Kraft treten. Wetzikon führt dieses Jahr ein Stadtparlament ein und musste deshalb die Gemeindeordnung ändern, und natürlich dem Regierungsrat zur Genehmigung vorlegen. In der neuen Wetziker Gemeindeordnung steht in Art. 15, dass der Grosse Gemeinderat die Oberaufsicht innehat. Der Regierungsrat hat das mit Beschluss-Nr. 152/2013 genehmigt. Der Bezirksrat widerspricht also dem Regierungsrat. Soviel zum Begriff "Oberaufsicht".

Was uns aber am meisten Sorgen macht, ist die Aufhebung von Art. 16 unserer neuen GeschO. Gemäss Bezirksrat dürfen wir als Gemeinderat nur Geschäfte prüfen, die uns der Stadtrat vorlegt. Weitergehende Abklärungen stünden uns nicht zu. Wenn wir über unsere Bezirksgrenzen hinausschauen, bekommt man zu Recht Zweifel an dieser Sicht des Bezirkrates. So prüft die GPK des Gemeinderates der Stadt Zürich das Verwaltungshandeln, und das unabhängig von Stadtratsanträgen. So prüfte die GPK des Zürcher Parlaments zum Beispiel im "BMW-Fall" die Tätigkeit der Sozialbehörde, das Submissionswesen oder auch, ziemlich neu, die sexuellen Missbräuche beim EWZ im letzten Herbst. Und das alles ohne Aufforderung durch den Zürcher Stadtrat. Nicht nur in der Stadt Zürich gab es solche Abklärungen und Berichterstattungen der GPK, sondern auch beispielsweise in Uster. Dort wurde ein Debakel bei Schulhausplanungen durch eine Parlamentskommission untersucht. Auch die Städte Uster und Zürich unterstehen dem Gemeindegesetz und würden dieses Gesetz laut dem Bezirksrat Horgen ständig verletzen. Wir möchten hier Klarheit über das, was wir als Adliswiler Parlament dürfen. Es kann ja jederzeit auch bei uns wieder zu Vorfällen kommen, die Abklärungen benötigen. Dann soll aber klar sein, welche Kompetenzen uns zustehen. Deshalb braucht es einen Entscheid des Verwaltungsgerichts.

Das Büro unterbreitet Ihnen folgenden Antrag:

Der Entscheid des Bezirkrates vom 20. Januar 2014 zur Beschwerde der Fraktion der Freien Wähler betreffend die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird ans Verwaltungsgericht des Kantons Zürich weitergezogen.

Wir bitten Sie, dem Antrag des Büros zu folgen.

Thomas Fässler:

Die CVP erachtet einen Weiterzug des Entscheides des Bezirkrates an das Verwaltungsgericht als nicht zielführend. Für die CVP ist wichtig, dass die aufwändig erarbeitete Geschäftsordnung nun endlich eingeführt wird. Bei einem Weiterzug besteht ein grosses Risiko, dass die ganze Geschäftsordnung noch lange nicht eingeführt wird. Ein Weiterzug kostet zudem Geld und Ressourcen. Ich erachte den Begriff „Oberaufsicht“ und den Art. 16 als weniger wichtig wie das Büro. Die letzten 10 oder 20 Jahre hat es auch funktioniert. Wir sind auf gutem Weg, für besondere Vorkommnisse eine Möglichkeit einer PUK zu schaffen. Diese Kommission hat die nötigen Befugnisse. Die CVP lehnt daher einen Weiterzug ab.

Beschluss

Der Entscheid des Bezirkrates vom 20. Januar 2014 zur Beschwerde der Fraktion der Freien Wähler betreffend die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird ans Verwaltungsgericht des Kantons Zürich weitergezogen:

Zustimmung mit 23 : 3 Stimmen.

Die Ratspräsidentin Carmen Marty Fässler:

Demnach wird das Büro gegen den Entscheid des Bezirkrates rechtzeitig Beschwerde erheben.

Ich bitte die drei Mitglieder der Freien Wähler, wieder auf ihre Plätze zurückzukehren.

3. Gemeinwesenorientierte Quartierentwicklung (2013-240)

Antrag des Stadtrates auf Bewilligung eines wiederkehrenden Kredites für den Zeitraum von maximal fünf Jahren von jährlich netto 90'000 Franken (total für fünf Jahre 450'000 Franken)

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

Dieses Geschäft wird wahrscheinlich eines der letzten grösseren Geschäfte dieser Legislatur sein. Wenn man nach dem Ursprung dieses Geschäftes sucht, dann muss man an den Anfang der Legislatur gehen. Im Dezember 2010 hat der Stadtrat seine Legislaturziele definiert. Es waren insgesamt fünf Themenkreise, einer war eben das Wohnen und Leben im Alter. Der Stadtrat hatte dort angekündigt, was uns heute vorliegt, nämlich ein Projekt über einen Aufbau eines Quartierstützpunktes mit dem Focus „Alter“. Der Gedanke des Ganzen ist die Förderung der Vernetzung der sozialen Kontakte und die Nachbarschaftshilfe innerhalb des Quartiers, um so das selbständige Wohnen im Quartier möglichst lange unterstützen zu können. Die Ausgangslage ist, dass Adliswil - wie auch viele andere Gemeinden - vor der Herausforderung der Überalterung der Gesellschaft stehen. Man hat immer mehr Senioren im pflegebedürftigen Zustand, und da braucht es kreative Ansätze. Einerseits braucht es Pflegebetten für Hochbetagte, andererseits will man versuchen, dass diejenigen, die ausserhalb einer stationären Einrichtung wohnen können, möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld zu Hause betreut werden können. Man geht davon aus, dass sich dies positiv auf die Lebensqualität der Betroffenen und letztlich auch im finanziellen Bereich durch tiefere Pflegekosten auswirkt. Der Stadtrat hat es in seinem Antrag prägnant ausgedrückt und sagt, dass Bemühungen in der Altersarbeit weg vom Vorsorgegedanken hin zu Mitwirkung und Partizipation gehen müssten. Die Kernidee besteht darin, dass man unter Einbezug der betroffenen betagten Menschen in solche Quartierprojekte investiert und die vorhandenen Ressourcen sowohl bei den älteren Personen als auch vom gesamten Gemeinwesen nutzen will. Das konkrete Projekt, das uns vorliegt, knüpft an diesen Gedanken an. Geplant ist ein Quartierentwicklungsprojekt, das auf drei bis fünf Jahre angelegt ist und sich an bereits existierenden Modellen aus Deutschland und der Westschweiz – dort heissen diese Projekte „Quartiers Solidaires“ – orientiert. Durchgeführt wird es im Gebiet Rellsten/Zopf/Oberleimbach. Das hat sich, wie wir bei der RGPK-Prüfung erfahren konnten, als am geeignetsten erwiesen, weil dort sowohl von der Altersstruktur her als auch von der soziodemographischen Faktoren her die beste Durchmischung anzutreffen ist, und auch die Grösse des Quartiers entspricht dem, was man als optimal betrachtet. In der Deutschschweiz existieren noch keine Erfahrungen mit derartigen Projekten, Adliswil würde bei einem „Ja“ heute Abend eine Pionierrolle zukommen. Wie aus dem Antrag hervorgeht, soll das Projekt in enger Zusammenarbeit mit der Pro Senectute des Kantons Zürich im Rahmen eines Kooperationsvertrages umgesetzt werden. Es ist vorgesehen, dass die Pro Senectute die Umsetzung des Projektes leitet und auch die Verantwortung fürs Monitoring und die Qualitätssicherung trägt, die finanziellen Mittel verwaltet und gegenüber den Geldgebern Rechenschaft ablegt. Die operative Pflegekoordination wird gemeinsam durch die Fachstelle Gemeinwesenarbeit der Pro Senectute und der Beauftragten für Altersfragen der Stadt Adliswil, Frau Ruth Häner, wahrgenommen. Für die Realisierung ist vorgesehen, eine 60 %-Stelle eines Gemeinwesenarbeiters zu schaffen, das ist die zentrale Anlaufstelle des Projektes. Weiter sind während der ganzen Laufdauer Praktikumsplätze für Externe vorgesehen, so dass man auch Nicht-Quartierbewohner hat.

Das Projekt ist auf maximal fünf Jahre angelegt. Nach drei und vier Jahren wird die Arbeitsgruppe „Altersstrategie“ zusammen mit der Pro Senectute des Kantons Zürich die Auswertungen prüfen und entscheiden, ob das Projekt weitergeführt werden soll. Die Kosten betragen zirka 140'000 Franken pro Jahr. Wenn man davon ausgeht, dass das Projekt fünf Jahre dauert, sind das 700'000 Franken. Dankenswerterweise haben sich verschiedene Private bereit erklärt, teilweise substanzielle Beträge beizusteuern, sofern der Gemeinderat diesem Projekt zustimmt. Die Ernst Göhner Stiftung würde einen Beitrag von 200'000 Franken bezahlen, und die Ortsgruppe Adliswil der Pro Senectute hat einen Betrag von 50'000 Franken versprochen, in jährlichen Tranchen von 10'000 Franken. Unter dem Strich müsste die Stadt Adliswil statt der jährlichen 140'000 Franken nur 90'000 Franken bezahlen.

Für die RGPK ist der wichtigste Punkt, dass man einen konkreten Nutzen für die im Projekt angesprochenen Seniorinnen und Senioren erkennt. Wir hatten im Rahmen der RGPK-Sitzung vom 18. November 2013 Gelegenheit, Stadtrat Renato Günthardt zu empfangen, wie auch Herr Heinz Burgstaller von der Pro Senectute, der ein ausgewiesener Fachmann in diesem Bereich ist und uns den Inhalt des Projektes konkreter erläutern konnte. Zum Zeitplan: Im ersten Jahr würde eine Gruppe von sechs bis zehn Personen für die Koordinationsfunktion gebildet, das wären Leute aus dem Quartier. In der Folge gäbe es öffentliche Forumsveranstaltungen, und dann ginge es darum, dass man in den fünf Jahren fünf bis zehn Projekte auf die Beine stellen würde und sich etwa 40 – 70 Personen aus dem Quartier im Rahmen von Arbeits- und Projektgruppen engagieren und Projekte auf die Beine stellen würden. Wir wollten natürlich auch wissen, was für konkrete Projekte es geben könnte. Dies sind z. B. eine Quartierzeitung, ein Treffpunkt im Quartier, Nachbarschaftshilfe aufbauen, Begleit- und Fahrdienste, regelmässige Mittagstische, kulturelle Veranstaltungen, Quartierfeste, Sprachkurse, sonstige Massnahmen zur Förderung der Gemeinschaft wie z. B. ein Spielnachmittag mit Lotto, zusammen in die Natur gehen, einen Flohmarkt veranstalten etc. Die Effekte, die man sich davon verspricht, sind einerseits Gesundheit, weil sich als Folge der vermehrten sozialen Teilnahme das Wohlbefinden steigert, andererseits dass ein erhöhtes nachbarschaftliches Engagement mit mehr sozialer Aktivität stattfindet, dass man eine verbesserte Einbindung der Bewohner ins Quartier und ein verbessertes Sicherheitsempfinden hat, dass sich generell die Lebensqualität steigert und dass man weniger auf die Regelversorgung angewiesen ist, was auch ein Kostensenkungspotential hat. In der Abwägung ist für die RGPK unter dem Strich klar geworden, dass sie das Projekt unterstützt, und zwar aus mehreren Gründen: Einerseits ist da die substanzielle Unterstützung durch Private, die ermöglichen, dass das Projekt relativ kostengünstig gemacht werden kann. Es sind immerhin 90'000 Franken wiederkehrende Kosten, aber wenn man schaut, was man bekommt, ist für die RGPK eine Unterstützung klar. Dann will dieses Projekt Lebensqualität schaffen, dazu ist es wahrscheinlich auch geeignet. Das Problem ist, dass zwar viele Angebote bestehen, aber die Adressaten nicht erreicht werden, oder dass z. B. Leute, die nicht mehr so mobil sind, Hemmungen haben oder einfach nicht in der Lage sind teilzunehmen. Das kann an verschiedenen Faktoren scheitern. Wir halten das insgesamt für eine sinnvolle Sache und finden es auch gut, dass Adliswil vorangeht. Deshalb empfiehlt Ihnen die RGPK, die Anträge des Stadtrates anzunehmen.

Stadtrat Renato Günthardt:

Ich danke der RGPK für die wohlwollende Prüfung und die befürwortende Empfehlung zum vorliegenden Geschäft. Dem Stadtrat ist es wichtig, dem Anliegen „ambulant vor stationär“ Rechnung zu tragen. Die älteren Einwohnerinnen und Einwohner möchten

auch in der Stadt Adliswil je länger je mehr und auch verständlicherweise so lange wie möglich zuhause wohnen bleiben. Dies manifestiert sich auch im Umstand, dass das Alters- und Pflegeheim in Adliswil seit einigen Jahren schon praktisch ausschliesslich zum Pflegeheim geworden ist. Ich habe dies bereits bei meinen Ausführungen im Zusammenhang mit dem Projekt der Verselbständigung der Alterseinrichtungen angesprochen. Es gibt nur noch wenige Bewohnende in unseren Alterseinrichtungen, die nicht zumindest zu einem kleinen Teil bereits beim Eintritt pflegebedürftig sind. Durch die demographische Entwicklung ist auch von städtischer Seite darauf zu achten, dass Pflegeplätze erst in Anspruch genommen werden, wenn es wirklich nötig ist. Festzuhalten ist, dass wir bereits heute viele Angebote für die ältere Bevölkerung in Adliswil bereithalten können, was wieder aus dem aktuellen Veranstaltungskalender für Senioren hervorgeht. Dies dank vielen engagierten Personen, Vereinen, der Stadt und den Kirchen, welchen ich meinen herzlichsten Dank ausspreche. Diese Angebote werden aber hauptsächlich von mobilen älteren Personen genutzt. Menschen, die nicht mehr sehr mobil und auf Hilfe angewiesen sind, aber nach wie vor zuhause wohnen, können da manchmal nicht profitieren. Wir möchten deshalb versuchen, die Nachbarschaftshilfe und den Gemeinsinn im Altersbereich in einem ausgewählten Quartier als Versuch zu etablieren. Bei Erfolg besteht die Möglichkeit, dies in weiteren Adliswiler Quartieren anzugehen. Beim vorliegenden Projekt geht es konkret um Vernetzung, soziale Kontakte und Nachbarschaftshilfe innerhalb des Quartiers mit dem Ziel, das selbständige Wohnen möglichst lange zu unterstützen. Bezüglich der Kostenaufteilung haben Sie bereits einiges gehört. Ich möchte es aber nicht unterlassen, nochmals der Ernst-Göhner-Stiftung für die 200'000 Franken herzlich zu danken, und natürlich auch für das grosse Glück, dass die Ortsvertretung der Pro Senectute 50'000 Franken aus einem Legat an das Projekt beisteuern wird - herzlichen Dank an Robert Wälle, dem Präsidenten der Ortsvertretung.

Sie haben es gehört, das Quartier Rellsten/Zopf/Oberleimbach wurde für dieses Projekt ausgewählt, weil dort die Bevölkerungszusammensetzung, die topographische Lage und die Grösse als besonders geeignet erachtet werden. Wir hoffen nun, dass die Stadt Adliswil diese einmalige Gelegenheit wahrnehmen kann, um mit diesem Projekt zu versuchen, Dienstleistungs- und Versorgungsstrukturen in unmittelbarem Wohnumfeld zu schaffen, den Aufbau neuer sozialer Netze und die Nutzung von im Quartier vorhandener Potenzialen und Ressourcen zu fördern.

Und zum Schluss noch ein Wort zu einem Hinweis bei der Budgetsitzung im letzten Jahr, nicht nur für die ältere sondern auch etwas für die jüngere Bevölkerung zu tun: Das Ressort Soziales ist derzeit für Altersfragen und das Kinderhaus zuständig. Mit der Jugendarbeit wird ab der kommenden Legislatur ein weiterer Bereich dazu kommen, womit mein Ressort mit Bedürfnissen praktisch aller Generationen konfrontiert sein wird. Wir werden uns selbstverständlich mit grosser Freude auch für eine bedarfsgerechte Jugendarbeit einsetzen. Man darf beim Vergleich der Kosten aber nicht vergessen, dass für die Jugend gerade auch im Sport- und Schulbereich seitens der Stadt bereits sehr viel getan wird, was der Stadtrat auch richtig findet. Zudem bieten sich bereits jetzt spannende generationenübergreifende Möglichkeiten, wie zum Beispiel das Projekt der Jobeinsätze für Adliswiler Jugendliche bei Senioren, Seniorinnen und Menschen mit Behinderungen. Dieses und weitere Projekte wollen wir weiter fördern und voranbringen.

Ich hoffe, dass Sie, liebe Mitglieder des Gemeinderates, dem Antrag des Stadtrates und damit diesem Kredit für die gemeinwesenorientierte Quartierentwicklung im Sinne unserer Altersstrategie zustimmen, damit wir diesen Versuch starten können.

Thomas Fässler:

Die CVP Adliswil hat den Antrag des Stadtrates intensiv diskutiert. Wir erachten es als sinnvoll, neue Formen der Altersbetreuung zu suchen. Das vorliegende Projekt ist eine gute, wenn mit 700'000 Franken auch etwas kostspielige Möglichkeit, einen Versuch durchzuführen. Dafür spricht eine professionelle Begleitung durch die Pro Senectute. Dafür spricht auch, dass man später durch neue Formen Geld in der Betreuung einsparen kann. Dafür spricht auch der Einbezug aller Bewohner, egal welcher Generation. Wichtig ist für uns, dass während des Projektes laufend Korrekturen vorgenommen werden, um am Ende ein möglichst umfassendes Bild zu haben über das, was funktioniert und was nicht. Wichtig ist uns auch, dass im Bereich Jugend ebenfalls Projekte lanciert werden, und dass durch solche Projekte nicht bei den Jungen gespart wird. Es freut mich, dass dies Stadtrat Renato Günthardt bereits aufgenommen hat. In diesem Sinne unterstützt die CVP den Antrag des Stadtrates.

Daniel Jud:

Wie bereits gehört, nimmt die Zahl der älteren Menschen sowohl in Adliswil als auch im Rest der Schweiz zu. Die SP Adliswil fordert deshalb schon seit Jahren eine ausreichende Zahl von geeigneten Wohn- und Pflegeplätzen für die unterschiedlichen Bedürfnisse der älteren Generation. Des Weiteren ist uns ein zentrales Anliegen, dass Konzepte, wie beispielsweise das Mehrgenerationenwohnen, erstellt werden, um älteren Menschen zu ermöglichen, so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen zu können. Und genau hier setzt der Antrag des Stadtrates an. Im Gebiet Rellsten/Zopf soll versucht werden, eine gemeinwesenorientierte Quartierentwicklung zu etablieren. Hoch erfreulich dabei ist, dass die Stadt Adliswil eine Vorreiterrolle in der Deutschschweiz einnehmen möchte. Der Stadtrat hat offensichtlich erkannt, dass man nicht nur verwalten kann, sondern auch in die Zukunft investieren muss. Und genau dies passiert hier. Der Stadtrat stellt richtigerweise fest, dass die Kosten, welche voraussichtlich eingespart werden, nicht genau beziffert werden können. Die SP ist sich aber sicher, dass mit diesem Projekt längerfristig Geld gespart werden kann. Aus unserer Sicht überzeugt das Projekt aufgrund von mehreren Punkten: Es wird nicht versucht, das Rad neu zu erfinden, sondern man knüpft an Erfahrungen aus Deutschland und der Romandie an. Weiter hat man mit der Pro Senectute einen starken und erfahrenen Partner an der Seite, welcher viel Knowhow mit sich bringt. Die SP begrüsst es, dass die Pro Senectute die Hauptverantwortung für die Rekrutierung der Gemeinwesenarbeitskraft trägt. Die Pro Senectute verfügt auch in der Rekrutierung von geeigneten Personen über grosses Wissen. Ein weiterer Pluspunkt für die SP ist, dass das Projekt flexibel genug ist, sich stetig den aktuellsten Gegebenheiten anzupassen. Auch hier wird sichtbar, wie vorausschauend und zukunftsweisend dieses Projekt ist. Die SP ist der festen Überzeugung, dass sich der Mut der Stadt Adliswil auszahlen wird, in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einzunehmen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SP dem Antrag zustimmen wird.

Beschluss

Für das Projekt „Gemeinwesenorientierte Quartierentwicklung“ wird zu Lasten Konto 714.3180.00/714.2000 für den Zeitraum von maximal fünf Jahren ein wiederkehrender Kredit von jährlich netto 90'000 Franken (total für fünf Jahre 450'000 Franken) inkl. MWST bewilligt:

Zustimmung.

5. Erstellung eines Integrationskonzeptes

Postulat von Sait Acar, Begründung

Sait Acar hat am 19. Dezember 2013 folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, ein Konzept zur Integration von Personen mit Migrationshintergrund zu erstellen.

Begründung

Adliswil boomt! In zahlreichen Entwicklungsgebieten entstand oder entsteht neuer Wohnraum für mehrere tausend Einwohner. Bei diesen Neuzuzügern handelt es sich nicht nur um Schweizerinnen und Schweizer, sondern vielfach um Personen, welche aus einem anderen Sprach- und Kulturraum nach Adliswil kommen. Wenn es nicht gelingt, diese Personen richtig zu integrieren – das heisst, ihnen die Schweizer Kultur und deren Normen und Werte zu vermitteln – so besteht die Gefahr, dass sie eine Parallelgesellschaft bilden. Die Stadt Adliswil veranstaltet jährlich einen spärlich besuchten Neuzuzüger-Apéro und alle zwei Jahre ein gut besuchtes Fest der Kulturen. Dies sind Schritte in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem noch nicht aus, um Personen mit Migrationshintergrund richtig zu integrieren.“

Sait Acar, zur Begründung:

Das Thema meines Postulats ist aktueller denn je. Immer mehr Personen verlassen ihr Heimatland und immigrieren in ein anderes Land - nicht nur in die Schweiz, sondern auch in andere Länder. Wir leben in einer globalen Welt, und dies sind die direkten Auswirkungen davon. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit der Zuwanderung umzugehen. Die SVP möchte am 9. Februar 2014 mit ihrer sogenannten Abschottungsinitiative dafür sorgen, dass nur noch eine gewisse Anzahl an Personen in die Schweiz kommen kann. Damit setzt sie meiner Meinung nach den bilateralen Weg mit der Europäischen Union aufs Spiel. Zudem bin ich schon aus eigener Erfahrung davon überzeugt, dass die Schweiz ausländische Arbeitskräfte braucht. Weiter durfte ich dem Sihltaler entnehmen, dass Integration vor allem von den einwandernden Personen selbst ausgehen sollte. Meine Damen und Herren der rechten Ratsseite: Ich stimme dem auch zu. Wer sich integrieren will, muss auch etwas dafür tun. Und genau da setzt mein Postulat an. Ein Integrationskonzept soll die Integration erleichtern. Zudem ist es eine Möglichkeit, den immigrierenden Personen die Schweizer Normen, Werte und Kultur näherzubringen, so dass die immigrierten Personen wissen, was am Bundesfeiertag gefeiert wird und vielleicht bei einem von der Stadt organisierten Fest zugegen sein können. Ein weiterer kritischer Punkt in meinem Postulat war, dass es Personen gibt, die gar nicht immigrieren wollen - die sogenannten Expats. Um diese Personen geht es ausdrücklich nicht. Expats leben meist nur für eine bestimmte Zeit in einem Land, um für einen Globalplayer zu arbeiten. Aus diesem Grund macht ein Integrationskonzept für diese Zielgruppe auch wenig Sinn. Lassen Sie mich zum Schluss nochmals zusammenfassen, was ich mit diesem Postulat überhaupt erreichen möchte: Die Stadt Adliswil soll ein Integrationskonzept erarbeiten, welches die Integration vereinfacht, welches aber auch auf Schweizer Werten, Normen und der Schweizer Kultur aufbaut. Wer sich integrieren will, muss meiner Meinung nach auch etwas von den Werten, Normen und der Kulturen übernehmen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Postulats.

Stadtpräsident Harald Huber:

Ein Grossteil der ausländischen Bevölkerung lebt und arbeitet in urbanen Gebieten, und die Städte sind heute schon – zusammen mit Bund und Kantonen – wichtige Akteure in der Integrationspolitik. Städte und Agglomerationen sind aber Ballungsräume, und in denen leben Ausländer, in Adliswil z. B. 32 %. Gemäss Art. 114 der Kantonalen Verfassung sind der Kanton und Gemeinden aufgefordert, Massnahmen zur Unterstützung der Integration der im Kanton wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer zu treffen. Der Bund stellt dafür dem Kanton Zürich ab 2014 voraussichtlich jährlich maximal 6,5 Mio. Franken für die spezifische Integrationsförderung zur Verfügung, unter der Bedingung, dass der Kanton und die Gemeinden Leistungen in mindestens gleicher Höhe zur Verfügung stellen. Die Stadt Adliswil erbringt heute bereits einen grossen Teil dieser vorausgesetzten Leistungen, d.h. wir können ohne Mehrkosten zusätzliche Leistungen – zirka 55 % der bereits aufgewendeten Mittel – abholen. Damit die Stadt Adliswil in den Genuss dieser zusätzlichen Finanzmittel kommt, muss sie ihre diesbezügliche Position klären. Es braucht ein Argumentarium und ein Rahmenkonzept, aus dem der Umfang der geplanten Massnahmen ersichtlich ist. Mit diesen Massnahmen können wir im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms die Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Integrationsfragen suchen. Dieses Konzept soll einerseits gegenseitiges Vertrauen schaffen, dass nicht ein Maximum an Massnahmen angestrebt, sondern ein gut ausnivelliertes, notwendiges Massnahmenangebot erarbeitet wird. Andererseits gibt es den Verantwortlichen in der Verwaltung ein Planungsinstrument in die Hand, mit welchem nicht von Jahr zu Jahr die Spielregeln verändert werden und man über einige Jahre hinweg Erfahrungen sammeln und Erfolge oder auch Misserfolge messen kann.

Daraus geht hervor, dass der Stadtrat bereits an einem Integrationskonzept arbeitet, und deshalb sind wir der Meinung, dass es kein zusätzliches Postulat braucht. Ich verspreche, wir arbeiten daran.

Ueli Röthlisberger:

Im Postulat ist erwähnt, dass vielfach Personen aus einem anderen Sprach- und Kulturraum nach Adliswil kommen. Und weiter: Wenn es nicht gelingt, diese Personen richtig zu integrieren, das heisst, ihnen die Schweizer Kultur und Normen und Werte zu vermitteln, so besteht die Gefahr, dass sie eine Parallelgesellschaft bilden. Da frage ich mich schon, welche Schweizer Kultur, welche Schweizer Normen und Schweizer Werte soll denn vermittelt werden? Ist es das Ziel dieses SP-Postulates, dass alle Zugewanderten zum Christentum konvertieren, dass nur noch „Züridütsch“ gesprochen wird, und dass alle Neuzuzüger nur noch Cervelats, Rösti, Fondue und Raclette essen sollen? In den Medien ist in letzter Zeit täglich zu lesen und zu hören, dass wir auf die Einwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften, von Akademikern, Ärzten usw. angewiesen sind, und dass nur solche bestens ausgebildete Personen zur Arbeitsaufnahme in unser Land einwandern und hier gebraucht werden. Müssen wir den angeblich doch so gut ausgebildeten Fachkräften und Hochschulabsolventen noch einen roten Integrationsteppich ausbreiten? All diesen Leuten ist zuzumuten, dass sie sich selber für eine angemessene Integration bemühen können. Eigeninitiative ist gefragt, da sind keine Grenzen gesetzt. Eine gut ausgebildete Fachkraft, ein Akademiker oder eine Krankenpflegerin können sich an ihren Arbeitsstellen problemlos integrieren, wenn sie wollen, und auch dann, wenn sie nur englisch sprechen. Orientieren wir uns doch an den grossen Einwanderungsländern, wie zum Beispiel den USA und Kanada oder Australien. Dort haben sich die Migranten ohne uferlose staatliche Hilfsangebote und Steuergelder einzuordnen und zu integrieren. Die jetzt schon aufgeblähte Anlockungs- und Betreuungsindustrie muss

nicht weiter ausgebaut werden. Gute Steuergelder sollen nicht in neuen und noch zu erfindenden Staatsstellen versanden. Im Übrigen vermittelt das Fest der Kulturen in Adliswil keine Schweizer Kultur und auch keine Schweizer Normen und Werte. Im Gegenteil, das Fest der Kulturen will die Schweizerinnen und Einheimischen einfach besser mit den fremden Kulturen vertraut machen. Schweizer Kultur und Schweizer Normen und Werte, wie im Postulat erwähnt, werden eher an der jährlich stattfindenden Bundesfeier gelebt, aber auch am Weihnachtsmarkt, beim Räbelichtliumzug und in diesem Sommer am Albi-strassenfest. Oder täglich beim Einkauf von Schweizer Produkten in den hiesigen Ladengeschäften. Und mit den zahlreichen Freizeitangeboten in den vielen Vereinen in Adliswil. Das meiste ist gratis oder fast gratis zu haben. Wer will, kann hinschauen und mitmachen. Mehr braucht es nicht.

Hanspeter Clesle:

Beim vorliegendem Postulat „Integrationskonzept“ handelt es sich um einen parlamentarischen Vorstoss, welcher unterstützt werden kann oder nicht, und es bewirkt politisch gesehen dasselbe. Warum? Das Postulat lädt den Stadtrat nur ein zu prüfen, ob so ein Integrationskonzept sinnvoll sei. Der Stadtrat hat diese Frage aber bereits mit ja beantwortet und ist schon an der Arbeit, ein solches Konzept zu erstellen, wie wir eben vom Stadtpräsident Harald Huber erfahren haben. Der Stadtrat macht also schon ein Konzept von sich aus und nicht auf Anregung der SP. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, damit haben wir keine Probleme, das gehört zum politischen Betrieb. Es fällt nur einfach auf. Eingangs habe ich erwähnt, dass dieses Postulat unterstützt oder nicht unterstützt werden kann, und man erzielt die gleiche Wirkung. Die Fraktionsgemeinschaft EVP/FDP hat sich entschieden, das Postulat nicht zu unterstützen und zwar, weil es bereits erfüllt ist. Es würde die Verwaltung nur unnötig belasten. Der Entwicklungsprozess des Konzeptes ist beim Stadtrat bereits im Gange. Gerne sind wir bereit, die Resultate und die daraus folgenden Anträge mit Interesse zu diskutieren. So haben wir durchaus eigene Vorstellungen, gerade auch, was die Rollen der Stadt und vor allem der Migrationen angeht. Wir bringen uns gerne ein, sobald das Konzept vorliegt. Aus den vorgebrachten Gründen wird die EVP/FDP-Fraktionsgemeinschaft dieses Postulat nicht unterstützen.

Beschluss

Das Postulat von Sait Acar betr. Erstellung eines Integrationskonzeptes wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen:

Ablehnung mit 22 : 8 Stimmen.

6. Städtische Liegenschaftenverwaltung (2013-300)

Interpellation von Franco Rossi und 13 Mitunterzeichneten, Beantwortung

Der Stadtrat hat die Interpellation wie folgt beantwortet:

1. Wie gross und in welcher Zusammensetzung muss der personelle Bestand der Liegenschaftenverwaltung sein für
 - 1.1. Die Betreuung der städtischen Liegenschaften?
Für die Betreuung der städtischen Liegenschaften verfügt die Stadt über 365 Stellenprozent.
 - 1.2. Wie gross ist der Personalbestand aktuell?
Zurzeit sind davon 340 Stellenprozent besetzt.
 - 1.3. Für beide Bereiche Stadt und Schule zusammen?
Für die beiden Bereiche zusammen sind neu 480 Stellenprozent vorgesehen.
 - 1.4. Wie gross ist der Personalbestand aktuell?
Aktuell beträgt der gesamte Personalbestand der Liegenschaften 380 Stellenprozent.
2. Über welche fachlichen Kompetenzen muss das Personal verfügen, um den Auftrag gemäss Frage 1.3 zu erfüllen.
 - 2.1. Der Leiter Liegenschaften?
Nachfolgende fachliche Anforderungen wurden beim Stellenprofil des Leiters Liegenschaften gestellt: Hochschulabschluss in Architektur, eine spezifische Weiterbildung (z.B. MAS in Real Estate), mehrjährige Projekt- und Führungserfahrung, Kenntnisse im öffentlichen Submissionswesen, vorzugsweise Verwaltungserfahrung.
 - 2.2. Die Sachbearbeiter?
Nachfolgende fachliche Anforderungen wurden bei den drei Projektleitern des neuen Teams gestellt: Ausbildung als Architekt, Bauingenieur oder Bauleiter, Erfahrung in Bauherrenberatung/-vertretung, Kenntnisse im Bereich Baukonstruktion und Projektmanagement, Verwaltungserfahrung sowie Kenntnisse im öffentlichen Submissionswesen.
Nachfolgende fachliche Anforderungen wurden bei der Liegenschaftsbewirtschafterin gestellt: Ausbildung als Immobilien-Bewirtschafterin mit eidg. Fachausweis/Immobilien-Vermarkterin mit eidg. Fachausweis sowie mehrjährige Praxiserfahrung in der Immobilienbewirtschaftung.
Nachfolgende fachliche Anforderungen wurden bei der Sachbearbeiterin Bewirtschaftung gestellt: Kaufmännische Grundausbildung sowie Praxiserfahrung in der Immobilienbewirtschaftung.
3. Die Stelle des Leiters Liegenschaften wurde seit drei Monaten immer wieder neu ausgeschrieben. Dies ist eine unübliche Situation, die zu weiteren Fragen Anlass gibt.
 - 3.1. Welche Fähigkeiten werden im Inserat resp. von der Stadt Adliswil als unabdingbare Voraussetzung verlangt? (Verwiesen sei ausdrücklich auf den Vorstoss der FDP, welche das Thema bereits früher schon einmal hinterfragt hat)!

Die unter Punkt 2.1 aufgeführten Anforderungen an den Leiter Liegenschaften wurden als Voraussetzungen verlangt.

3.2. Weshalb konnte die Stelle bis jetzt nicht besetzt werden?

Die Stelle des Leiters Liegenschaften ist per 1. Januar 2014 besetzt. Der neue Leiter Liegenschaften erfüllt die von der Stadt Adliswil vorausgesetzten Anforderungen. Bislang war die Rekrutierung diesbezüglich nicht erfolgreich, d.h. die Bewerbenden erfüllten die gestellten Kriterien nicht. Eine Fehlbesetzung wollte man wenn immer möglich vermeiden.

3.3. Wie soll bei dieser Ausgangslage eine derart komplexe Aufgabe fachlich kompetent und rechtzeitig umgesetzt werden?

Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit dem neuen Leiter Liegenschaften diese herausfordernde Aufgabe in fachlicher wie auch in terminlicher Hinsicht umgesetzt werden kann.

3.4. Erfolgte der Versuch einer Stellenbesetzung bisher wieder über einen externen Headhunter oder übernimmt das Personalwesen der Stadt Adliswil die Stellenbesetzung selbst?

Die Stellenbesetzung erfolgte, ohne externe Unterstützung, in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung der Stadt Adliswil.

4. Was geschieht bis zum Vollzug.

4.1. Was unternimmt der Stadtrat bis zu welchem Zeitpunkt, um den Auftrag des Stimmbürgers zu 100 % und abschliessend umzusetzen?

Der Stadtrat hat die „Zusammenlegung der Liegenschaftenabteilungen“ als ein separates Teilprojekt des übergeordneten Projektes „Integration der Schule in den Stadtrat“ geführt und darüber im Gemeinderat bereits berichtet. Dieses Teilprojekt wurde durch externe Berater unterstützt. Mitglieder dieses Teilprojektes waren Kadermitarbeiter aus den Ressorts Präsidiales, Finanzen und Schule. Im Rahmen der Arbeiten wurden eine Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und der Schule sowie die Details der Arbeitsprozesse gemeinsam definiert. Sie wurden anschliessend in der Schulpflege beraten und vom Stadtrat am 3. Dezember 2013 verabschiedet. Die neue Organisation startet am 1. Januar 2014 unter der Leitung des neuen Leiters Liegenschaften an der Zürichstrasse 17.

Franco Rossi, zur Beantwortung:

Zuerst muss ich meine Erleichterung kundtun, dass die Liegenschaften mit wenigen Migrationsproblemen behaftet sind, hat doch die Stadt die schulischen Liegenschaften gerne aufgenommen.

Ich danke dem Stadtrat für die umfangreiche Beantwortung unserer Fragen. Nach bald fünf Jahren Vorbereitung bezüglich der Zusammenlegung der zwei Liegenschaftsverwaltungen war die Fragestellung zur personellen Situation überfällig. Die Dotierung des Fachpersonals ist ein unabdingbares Instrument, um der Aufgabenstellung zu entsprechen. In diesem Sinne und um dem Auftrag der Motion gerecht zu werden, muss dringend nachgebessert werden. Ich hoffe, dass es dazu keine weiteren fünf Jahre braucht, bis die vom Stimmbürger angenommene Motion auch vollumfänglich und ohne Interpretationen nach persönlichem Gutdünken umgesetzt wird. Dass dazu ein Liegenschaftsbüro ausreichend personell und fachlich richtig besetzt ist, ist Voraussetzung. Es ist wirklich an der Zeit, das Ziel der Motion umzusetzen. Nach dem 30. März 2014 sollten keine

durchschaubaren Kompromisse mehr angegeben werden, sie sind nicht mehr akzeptabel. Wir Motionäre arbeiten weiterhin an der Nachhaltigkeit der inhaltlich kompletten Umsetzung des Zusammenschlusses der Liegenschaftenverwaltungen, dies nicht zuletzt auch im Auftrag des Stimmbürgers.

Thomas Fässler:

Ich beantrage eine Diskussion.

Beschluss

Es wird eine Diskussion durchgeführt:

Zustimmung.

Thomas Fässler:

Gemäss Beantwortung der Punkte 1.3. und 1.4 sind momentan nur 380 der 480 Stellenprozent in der Liegenschaftenabteilung besetzt. Dazu habe ich zwei Fragen an den Stadtrat:

- Ist dies immer noch so und wenn ja, bis wann will der Stadtrat Vollbestand erreichen?
- Wie will die Liegenschaftenverwaltung in der Zwischenzeit die benötigten Leistungen erbringen?

Stadtrat Ronald Portner:

Das werde ich auch das nächste Mal beantworten, das hat auch mit Teilzeitpensen zu tun, ich will das genau berechnen.

7. Quartierentwicklung Dietlimoos/Grütpark (2013-288)

Interpellation von Thomas Fässler und einem Mitunterzeichneten, Beantwortung

Der Stadtrat hat die Interpellation wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Welche Schlüsse zieht der Stadtrat aus dem Bericht und welche Massnahmen gedenkt er einzuleiten und umzusetzen?

Ziel des Sozialmonitorings war und ist es, Erkenntnisse zu erlangen, wie sich Neubaugebiete für Bewohnerinnen und Bewohner zu einem Zuhause entwickeln können, welche Angebote an Infrastruktur, aber auch zur Entwicklung des sozialen Zusammenhalts und des Austauschs notwendig sind und wie das Gebiet zu einem Teil von Adliswil werden kann.

Die aus der Studie hervorgehenden soziodemographischen Fakten geben dem Stadtrat wichtige Hinweise auf den zukünftigen Bedarf: z.B. für die Planung von Schulen, für die Altersarbeit, die vorschulische Kinderbetreuung und zu Fragestellungen in Bezug auf die Integration der neu Hinzugezogenen.

Ganz abgeschlossen ist das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt intern noch nicht – ein Fazit aller Beteiligten (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW, Umsetzungs-partner Stiftung Ökopolis, Investoren, Kommission für Technologie und Innovation, Stadt Adliswil) steht Ende November 2013 an. Neben der Thematik der Infrastruktur, auf die in den Antworten zu den Fragen 2 und 3 eingegangen wird, wird aber bereits deutlich: Die Entwicklung eines neuen Stadtteils und dessen Integration in eine bestehende Struktur sind ein langer Prozess, der die Aufmerksamkeit und das Engagement nicht nur auf den neuen Stadtteil, sondern die Stadt als Ganzes zu legen hat. Mit dem Ende des Sozialmonitorings ist dieser nicht beendet. Damit eine gute und bedarfsgerechte Planung und Umsetzung gelingen kann ist es notwendig, sich innerhalb der Stadtverwaltung ressortübergreifend zum umfassenden Thema „Stadtentwicklung“ zu engagieren.

Für eine künftige Planung von Massnahmen müssen verschiedene Perspektiven eingenommen werden:

- Perspektive auf einzelne Gebiete und die Stadt als Ganzes (Bedarf aufgreifen, Brennpunkte erkennen, Partizipation fördern, Vermitteln bei unterschiedlichen Interessen)
- Perspektive auf das Zusammenspiel von Quartieren und Verwaltung („Bürgernähe“, vermehrte und frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung, proaktive Kommunikation)
- Perspektive auf Koordination innerhalb der Verwaltung (Vernetzung, Koordination der Verwaltungsabteilungen in Bezug auf Sozialräume; „Stadtentwicklung“)
- Perspektive auf die Wirtschaft (Standortförderung mit Fokus auf KMU; Anliegen des Gewerbes aufnehmen)
- Perspektive auf die Themen Identität und Integration (Erhöhung des Sozialkapitals in der Stadt durch optimale Integration und Vernetzung verschiedener Bevölkerungsgruppierungen).

Zu sagen, welche Massnahmen daraus abzuleiten und umzusetzen sein werden, dazu ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh. Der Stadtrat wird sich zu Beginn des nächsten Jahres intensiv mit dem Thema zu befassen beginnen. In der neuen Legislatur dürfen dann konkrete Zielsetzungen zur Stadtentwicklung / Standortförderung diskutiert werden und Massnahmen zu deren Umsetzung zu erarbeiten sein. Der Stadtrat hat dazu

bereits eine Arbeitsgruppe Stadtentwicklung ins Leben gerufen. Zwischenzeitlich werden – insbesondere für die Gebiete Lebern-Dietlimoos und Grütpark – die bisherigen im Projekt involvierten Ansprechpersonen bei Anliegen zur Verfügung stehen und auch den Quartierverein und andere Akteure aktiv unterstützen.

Frage 2:

Bis wann sind die Strassen- und Wegarbeiten in den Quartieren abgeschlossen?

Mit den Bauarbeiten konnte - nach der rechtsgültigen Vereinbarung mit den Rekurrenten - Ende August 2013 begonnen werden. Dabei ist auf die Bewohner der Gesamtüberbauung, die beiden Schulen sowie Dritte entsprechende Rücksicht zu nehmen. Die Anbindung an die einzelnen Tiefgaragen muss z.B. jederzeit gewährleistet werden. Dies gilt auch für die Zufahrten von Unterhalts- und Rettungsfahrzeugen. Der Eichenweg, der Dietlimoosweg sowie der Parkweg sind bis Anfang November 2013 baulich fertiggestellt. Gemäss Bauprogramm sollte der Ahornweg bis Mitte Dezember 2013 grösstenteils fertiggestellt werden, inkl. der Erstellung der Steinkorbwand „Seleger“. Witterungsbedingte, bzw. jahreszeitliche Verschiebungen sind möglich. Der Deckbelag beim Ahornweg, dem Wendepplatz sowie teilweise beim Schilfweg kann jahreszeitbedingt frühestens ab Frühling 2014 eingebracht werden. Die 25 neuen Bäume entlang des Parkwegs sowie des Eichen- und Ahornwegs werden ebenfalls in diesem Jahresabschnitt gepflanzt.

Frage 3: Einige Bedürfnisse der neuen Bewohner würden mit der 2. Bauetappe, die vorübergehend gestoppt ist, befriedigt. Gedenkt der Stadtrat in der Übergangszeit provisorische Angebote zu erstellen?

a) Wenn ja – für welche Bedürfnisse und in welchem Rahmen?

b) Wenn nein – aus welchem Grund?

Mit Beschluss 560/96 vom 17.12.1996 stimmte der Stadtrat dem Entwicklungskonzept Sunnau-Lebern zu. Der Gemeinderat nahm seinerzeit zustimmend davon Kenntnis. Die Nutzungsweise der einzelnen Baufelder wurde untersucht und bereichsweise angeordnet. Ebenso ist darin festgehalten, die einzelnen Gebiete mit gestaffelten Zonenplanänderungen und Einzonungen schrittweise der Baureife zuzuführen. Die Nutzungsplanung mit Sonderbauvorschriften für das Gebiet Lebern-Dietlimoos und der Gestaltungsplan Grütpark basieren auf dem Entwicklungskonzept Sunnau-Lebern. Sowohl die Nutzungsplanung als auch der Gestaltungsplan sehen hauptsächlich Wohnnutzung vor. Versorgungsnutzungen wie von den Interpellanten gewünscht sind im Gebiet Dietlimoos-Moos (2. Bauetappe) vorgesehen.

Die Schaffung dieser neuen Bauzone konnte noch nicht abgeschlossen werden, weil im Juni 2012 das Zürcher Stimmvolk der Kulturlandinitiative zugestimmt hat. Darauf hin hat die Baudirektion des Kantons Zürich sämtliche Verfahren zur Schaffung neuer Bauzonen sistiert.

Die Baudirektion des Kantons Zürich hat aufgrund der Notlage ausnahmsweise der Erstellung des Schulhaus-Provisoriums im Gebiet Dietlimoos zugestimmt. Dies jedoch nur aufgrund des dringlichen Sachverhalts und des übergeordneten Interesses für die Allgemeinheit. Weitere befristete Bewilligungen wie beispielsweise für die von den Interpellanten gewünschte Versorgungsnutzung sind im noch nicht eingezonten Gebiet Dietlimoos-Moos momentan ausgeschlossen.

Aussagen zum weiteren Vorgehen bezüglich der Nutzungsplanänderung und zum Zeithorizont der Realisierung der Bauzone im Gebiet Dietlimoos-Moos (2. Bauetappe) sind verfrüht. Diesbezügliche Klarheit wurde von den kantonalen Stellen per Mitte 2014 in Aussicht gestellt.

Zusätzlich Anmerkung zu indirekten Fragen

Öffentlicher Verkehr, VBZ-Linien 184 und 185

Die drei Busstationen „Moos“, Eichenweg“ und „Ahornweg“ auf der VBZ-Linie 185 werden ab Mitte November 2013 je eine Buswartehalle erhalten.

Für die VBZ-Buslinien 184 und 185 sind vorerst keine Taktverdichtungen auf den 15'-Takt vorgesehen. Die Regionale Verkehrskonferenz (RVK) Zimmerberg hat im Rahmen des Fahrplanverfahrens 2014 - 2015 das Ansinnen der Stadt u.a. aus betriebswirtschaftlichen Gründen abgelehnt. Sollten es steigende Fahrgastzahlen erfordern, könnten durch die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) ab 2016 anstelle der Standardbusse (neue) Gelenkbusse eingesetzt werden. Sie haben grössere Transportkapazität.

Beruhigung Zürichstrasse

Bei der Überbauung „Grütpark“ wurde der „Knoten Grüt“ bei der Zürichstrasse schon mit dem ersten der insgesamt vier Wohnblöcke in Betrieb genommen. Die mit dem „Knoten Grüt“ angeschlossene Zürichstrasse ist eine Kantonsstrasse. Die geplante Sanierung der Werkleitungen sowie der Strasse erfolgt voraussichtlich ab 2015. Der genaue Termin vom Kanton ist noch offen.

Thomas Fässler, zur Beantwortung:

Ich bedanke mich für die ausführliche Antwort. Man merkt, dass dem Stadtrat das Thema wichtig ist. Gemäss Antwort will sich der Stadtrat zu Beginn dieses Jahres intensiv mit der Thematik auseinander setzen. Er hat auch bereits eine Arbeitsgruppe „Stadtentwicklung“ ins Leben gerufen. Bei Frage 2 ging es um den Abschluss der Strassen- und Wegarbeiten. Hier sieht es aktuell schon viel besser aus, auch wenn die Steinkorbwand - nicht wie in der Antwort gesagt - Mitte Dezember fertiggestellt werden konnte. Mir geht's auch nicht um eins bis zwei Monate. Es geht darum, dass einige Anwohner schon mehrere Jahre dort wohnen und mit halbfertigen Strassen leben müssen. Die Frage 3 wurde leider nicht zufriedenstellend beantwortet oder sie wurde nicht richtig verstanden. Ich habe gefragt: „Gedenkt der Stadtrat in der Übergangszeit provisorische Angebote zu erstellen?“ In der Antwort sagt der Stadtrat, dass die gewünschte provisorische Nutzung im noch nicht eingezonten Gebiet ausgeschlossen ist. Das ist für mich auch klar. Jedoch wäre es ja möglich, in den bereits eingezonten, bewohnten Gebieten Möglichkeiten für provisorische Angebote zu schaffen. Vielleicht kann mir der Stadtrat hierzu noch eine Antwort zukommen lassen. Ich bleibe dran, ich finde es wichtig, dass die neuen Bewohner entsprechende Möglichkeiten haben, sonst orientieren sie sich anderweitig. Das wäre schade.

8. Neuerungen Kinderbetreuung (2013-288)

Interpellation von Mario Senn und zehn Mitunterzeichneten, Begründung und mündliche Beantwortung

Mario Senn und zehn Mitunterzeichnete haben am 7. November 2013 folgende Interpellation eingereicht:

„Der Ressortvorsteher Soziales, Stadtrat Renato Günthardt, informierte in der „Gewerbezeitung“ vom 11. September 2013 über die Absicht des Stadtrates, eine Bedarfsabklärung im Bereich Betreuungsangebot vorzunehmen und ein neues Finanzierungsmodell zu erarbeiten. Dies ist zu begrüßen. Die Festlegung des Finanzierungsmodells und der Elternbeiträge (Taxordnung) ist grundsätzlich Sache der Exekutive. Deren Entscheidungen haben indessen auch weitergehende Auswirkungen und sind deshalb, aber auch wegen der jeweils mit dem Budget zu beschliessenden Subventionierungs-Obergrenze, für den Grossen Gemeinderat von Interesse.

Den Stadtrat bitten wir in diesem Zusammenhang um Beantwortung der folgenden Fragen, wobei diese auch als Anregungen zu verstehen sind:

1. Allgemeine Fragen:
 - 1.1. Gemäss kantonalem Recht haben Gemeinden ein „bedarfsgerechtes Betreuungsangebot“ zu ermöglichen. Was versteht der Stadtrat unter einem „bedarfsgerechten Betreuungsangebot“?
 - 1.2. Wie wird er dieses ermitteln?
 - 1.3. Wird im Hinblick auf die vom Volk beschlossene Integration der Schul- in die Stadtverwaltung auch das schulische Betreuungsangebot (Mittagstisch, Hort etc.) in die Abklärungen miteinbezogen? Wenn nein, weshalb nicht?
 - 1.4. Ist längerfristig die Integration der schulischen und vorschulischen Betreuung in einem Ressort geplant? Wenn ja, wann würde diese Integration erfolgen? Wenn nein, welches sind die Hinderungsgründe?
2. Fragen zum Finanzierungsmodell:
 - 2.1. Die Stadt Luzern kennt seit längerem das System der „Betreuungsgutscheine“, die Stadt Bern führt dieses System auf den 1. Januar 2014 ein. Mit dem System der Betreuungsgutscheine können Eltern frei wählen, bei welcher Einrichtung sie ihre Kinder betreuen lassen. Wie beurteilt der Stadtrat dieses System und hält er es für möglich, Betreuungsgutscheine auch in Adliswil einzuführen?
 - 2.2. Unseres Erachtens sollten mit einem neuen Finanzierungsmodell die bestehenden Mittel noch effizienter ausgerichtet werden können. Eine Erhöhung des durch den Grossen Gemeinderat zu beschliessenden Gesamtbetrages für Kinderbetreuungs-Subventionen ist deshalb nicht angebracht (2012 wurden Fr. 386 262.- ausgerichtet). Teilt der Stadtrat diese Einschätzung?
 - 2.3. Wie hoch ist gegenwärtig das maximale Einkommen, welches zum Bezug von Kinderbetreuungs-Subventionen berechtigt? Liegt dieses über dem durchschnittlichen Einkommen?
 - 2.4. Ist der Stadtrat bereit, bei der Subventionsbemessung nicht nur das Einkommen, sondern auch das Erwerbsspensum der Eltern zu berücksichtigen, so wie das bspw. in der Stadt Luzern der Fall ist? Wenn ja, ab wann würde dies erfolgen? Wenn nein, welche Gründe hindern den Stadtrat daran?
 - 2.5. Wie steht der Stadtrat zur Idee, die Taxordnungen bzw. die Subventionsregimes der vorschulischen und schulischen Betreuung soweit wie möglich zu vereinheitlichen?“

Mario Senn, zur Begründung:

Stadtrat Renato Günthardt hat im September angekündigt, im Bereich Kinderbetreuung eine Bedarfsabklärung vorzunehmen und ein neues Finanzierungsmodell zu erarbeiten. Das begrüßen wir an dieser Stelle ausdrücklich. Solche Abklärungen bieten aber auch immer die Möglichkeit, eine Gesamtschau vorzunehmen, die alle Aspekte umfasst. In diesem Zusammenhang sehen wir unsere Interpellation eben nicht nur als „höfliches Anfragen“, sondern eben als „Interpellation“, als „Zwischenruf“. Der erste Frageblock will auf der einen Seite wissen, wie der Stadtrat die kantonalen Vorgaben interpretiert. Auf der anderen Seite regen wir an, dass man auch die Organisation anschaut. Wenn Sie auf der grünen Wiese eine Kinderbetreuung aufbauen müssten, dann würden Sie wohl kaum die historisch gewachsene Aufteilung auf zwei Ressorts vornehmen, wie das heute der Fall ist. Der zweite Frageblock fokussiert sich auf die Frage der Finanzierung. Auch hier besteht die Möglichkeit, historisch Gewachsenes zu überprüfen. Da interessiert zum Beispiel die stadträtliche Haltung zum Thema „Betreuungsgutscheine“. Aber auch die Ausgestaltung des Subventionsregimes muss immer wieder hinterfragt werden: Häufig weiss man nämlich nicht, was man mit den Betreuungstarifen alles auslöst. Erwähnen möchte ich den sich mit Subventionen ergebenden hohen Grenzsteuersatz, an dem auch Präsident François Hollande in Paris Freude hätte. Aber es ist auch so, dass Subventionen häufig sehr wenig zielgenau sind. Wenn Sie die Leute fragen, ob eine Familie mit zwei zu 100% bspw. im Pflegebereich arbeitenden Eltern mit einem Einkommen von zusammen 100'000 Franken subventioniert werden soll, werden die meisten von Ihnen wohl zustimmen. Wenn ich aber frage, ob ein Gymnasiallehrerpaar, je zu 40% arbeitend und zusammen auch 100'000 Franken verdienend, ebenfalls subventioniert werden soll, werden viele von Ihnen wohl nein sagen. Mit dem heutigen Regime macht man aber keine Unterscheidung, beide Familien können die gleichen Subventionen erhalten. Sie sehen, das ist keine banale Sache. Wir sind gespannt auf die stadträtlichen Überlegungen.

Stadtrat Renato Günthardt, zur mündlichen Beantwortung:

Gerne nehme ich zu den Fragen von Mario Senn und den Mitunterzeichneten Stellung. Ich muss vorausschicken, dass viele Antworten noch vage sind, weil die Evaluation und die Ausarbeitung des Geschäfts erst in den nächsten Monaten vorgenommen werden. Wir nehmen aber viele Inputs aus der vorliegenden Interpellation gerne auf und beziehen diese in unsere Abklärungen mit ein.

1. Allgemeine Fragen:

1.1. Gemäss kantonalem Recht haben Gemeinden ein "bedarfsgerechtes Betreuungsangebot" zu ermöglichen. Was versteht der Stadtrat unter einem "bedarfsgerechten Betreuungsangebot"?

Ein Angebot ist dann als bedarfsgerecht zu bezeichnen, wenn es den Eltern von Kindern im Vorschulalter einen Platz zur Verfügung stellt, die aufgrund von Erwerbstätigkeit beider Elternteile bzw. Erwerbstätigkeit eines alleinerziehenden Elternteils oder aus sozialen Gründen - z. B. Kinderschutz - auf einen Platz angewiesen sind und keine privaten Lösungen zur Hand haben oder vorziehen.

1.2. Wie wird er dieses ermitteln?

Das Ressort Soziales hat eine Umfrage bei den bestehenden Krippen in Adliswil vorgenommen, um u.a. zu ermitteln, ob längere Wartelisten bestehen bzw. wie lange es dauert, bis zusätzlich geschaffene Plätze belegt sind. Zudem fand kürzlich eine Informations- und Austauschitzung mit den Adliswiler Krippenleitungen zum Thema bedarfsgere-

rechte Kinderbetreuung statt. Deutlich wurde, dass private Krippen z.T. einen grösseren Prozentsatz an Kindern betreuen, die nicht aus Adliswil stammen. Eine Warteliste dürfte somit lediglich für Kinder bestehen, deren Eltern auf subventionierte Plätze angewiesen sind. Desweiteren wird in diesem Jahr nochmals der kantonale Kinderbetreuungsindex konsultiert, dieser weist im Moment aus, dass Adliswil im Jahr 2012 insgesamt - Vorschulalter und Schulalter - an 17. Stelle von 151 Gemeinden lag, im Bereich von Plätzen im Vorschulalter sogar an 7. Stelle. Aus dieser Sicht sehen wir einen Handlungsbedarf beim Angebot von subventionierten Plätzen. Das Krippenangebot als Ganzes erachten wir in Adliswil als sehr gut, weshalb wir auf eine kostenintensive Art der Bedarfserhebung verzichten können.

1.3. Wird im Hinblick auf die vom Volk beschlossene Integration der Schul- in die Stadtverwaltung auch das schulische Betreuungsangebot {Mittagstisch, Hort etc.) in die Abklärungen miteinbezogen? Wenn nein, weshalb nicht?

Der Bedarf für das schulische Angebot wurde im Hinblick auf die Volksabstimmung im Jahr 2008 erhoben. Das Angebot wird seither von der Schule laufend der konkreten Nachfrage angepasst. Eine weitere Erhebung ist deshalb nicht erforderlich. In der Planung des Ressorts Soziales zur Ausgestaltung eines bedarfsgerechten Gesamtangebots werden die Angebote der Schule jedoch selbstverständlich berücksichtigt.

1.4. Ist längerfristig die Integration der schulischen und vorschulischen Betreuung in einem Ressort geplant? Wenn ja, wann würde diese Integration erfolgen? Wenn nein, welches sind die Hinderungsgründe?

Zum jetzigen Zeitpunkt ist dies nicht geplant. Es ist nicht auszuschliessen, dass der Stadtrat dieses Thema in der neuen Legislatur aufnehmen wird. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass die Angebote auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen beruhen. Der Stadtrat möchte sich nun zunächst auf die erfolgreiche Integration des Ressorts Bildung in den Stadtrat und die Konsolidierung der beiden zusammengeführten Liegenschaftsverwaltungen konzentrieren.

2. Fragen zum Finanzierungsmodell:

2.1. Die Stadt Luzern kennt seit längerem das System der "Betreuungsgutscheine", die Stadt Bern führt dieses System auf den 1. Januar 2014 ein. Mit dem System der Betreuungsgutscheine können Eltern • frei wählen, bei welcher Einrichtung sie ihre Kinder betreuen lassen: Wie beurteilt der Stadtrat dieses System und hält er es für möglich, Betreuungsgutscheine auch in Adliswil einzuführen?

Es gibt Argumente für und gegen Betreuungsgutscheine – ein diesbezügliches Interesse wurde bereits mit den Krippen vor Ort diskutiert. Ein Nachteil, den Krippenleitungen der privaten Krippen dabei andernorts erfahren haben, ist, dass aufgrund der Betreuungsgutscheine ein Anreiz für die Entstehung neuer Krippen geschaffen wurde, was zu einem Überangebot und der anschliessenden Schliessung von Krippen führte. Sicherlich wird das System der Betreuungsgutscheine evaluiert werden. In Frage kommt jedoch auch ein Modell subventionierter Plätze in einer noch zu bestimmenden Höhe. Dies könnte allenfalls für Adliswil geeigneter sein könnte, da aufgrund der guten Ausstattung mit Krippen - wie bereits erwähnt - kein Anreiz für neue geschaffen werden muss. Im Moment ist es so, dass subventionierte Plätze nur vom Kinderhaus angeboten werden.

2.2. Unseres Erachtens sollten mit einem neuen Finanzierungsmodell die bestehenden Mittel noch effizienter ausgerichtet werden können. Eine Erhöhung des durch den Grossen Gemeinderat zu beschliessenden Gesamtbetrages für Kinderbetreuungs-Subventionen ist deshalb nicht angebracht (2012 wurden Fr. 386 262.- ausgerichtet). Teilt der Stadtrat diese Einschätzung?

Es ist ein Anliegen des Stadtrats, bestehende Mittel effizient auszurichten. Allerdings kann - bevor ein Finanzierungsmodell vorliegt - noch keine definitive Aussage über die geplante Höhe der Subventionen gemacht werden. Es ist jedoch vorgesehen, das maximale Einkommen, welches noch zu Subventionen berechtigt, zu plafonieren. Damit würden mit gleich hohen Ausgaben für die Stadt mehr Familien als heute Subventionen zur Verfügung stehen. Ich verweise hier als Beispiel auf die Stadt Zürich, die vor kurzem den Grenzbetrag für Beiträge an die Krippenbetreuung auf ein steuerbares Einkommen von 100'000 Franken gesenkt hat.

2.3. Wie hoch ist gegenwärtig das maximale Einkommen, welches zum Bezug von Kinderbetreuungs- Subventionen berechtigt? Liegt dieses über dem durchschnittlichen Einkommen?

Ab einem Bruttojahreseinkommen von 150'600 Franken erhält man keine Subventionen mehr. Dies liegt über dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 127'277 Franken der Eltern im Kinderhaus Werd. In Adliswil wird derzeit im Gegensatz zur Stadt Zürich noch vom Bruttojahreseinkommen und nicht vom steuerbaren Einkommen ausgegangen. Diese Berechnungsgrundlage soll geändert und - wie bereits erwähnt - der Grenzbetrag nach unten angepasst werden.

2.4. Ist der Stadtrat bereit, bei der Subventionsbemessung nicht nur das Einkommen, sondern auch das Erwerbsspensum der Eltern zu berücksichtigen, so wie das bspw. in der Stadt Luzern der Fall ist? Wenn ja, ab wann würde dies erfolgen? Wenn nein, welche Gründe hindern den Stadtrat daran?

Wie frühere Abklärungen aufgrund des Postulats Senn vom 11. März 2009 ergeben haben, gibt es Gründe, die gegen eine Berücksichtigung des Erwerbsspensums sprechen. Beispielsweise wurde damals festgestellt, dass bei einer Erhebung im Mai 2009 von 45 Kindern mit subventionierten Plätzen lediglich bei einem Kind Subventionen ausgerichtet wurden, dessen Eltern nicht gleichzeitig an allen Tagen arbeiten. Danach erhobene Daten haben aufgezeigt, dass Eltern, die für den Krippenplatz ihres Kindes Subventionen erhalten, grundsätzlich – auch aus finanziellen Gründen – kaum Interesse zeigen, das Kind in die Krippe zu geben, wenn sie nicht arbeiten. Bei der Ausgestaltung der neuen Subventionsbemessung werden wir – mir ist das ein besonderes Anliegen – diese Frage jedoch nochmals analysieren und das Kosten/Nutzen-Verhältnis anschauen. Ob und wie die Berücksichtigung des Erwerbsspensums neu bei der Subventionsbemessung erfolgen wird, ist somit noch nicht klar. Falls hier eine Änderung vorgenommen wird, würde diese zusammen mit der gesamten neu geregelten Finanzierungsform eingeführt, vermutlich auf 1. Januar 2015. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat über dieses Reglement befinden wird.

2.5. Wie steht der Stadtrat zur Idee, die Taxordnungen bzw. die Subventionsregimes der vorschulischen und schulischen Betreuung soweit wie möglich zu vereinheitlichen?

Derzeit sind die Taxordnungen und Subventionsregimes nicht vereinheitlicht. Als Berechnungsgrundlage der Schule dienen das steuerbare Einkommen und Vermögen, beim Kinderhaus Werd wird auf das Bruttoeinkommen abgestützt. Der Stadtrat steht der Idee sehr positiv gegenüber, die Taxordnungen und Subventionspraxis möglichst zu vereinheitlichen. Insbesondere soll als Berechnungsgrundlage im neuen Finanzierungsmodell für die Kinderbetreuung ebenfalls das steuerbare Einkommen und Vermögen gelten. Ebenfalls soll der Grenzbetrag, der zu Subventionen berechtigt, angeglichen werden. Das Ressort Soziales wird dazu auch die Praxis anderer Gemeinden prüfen, die den Grenzbetrag in letzter Zeit nach unten angepasst haben, das Beispiel der Stadt Zürich habe ich vorhin erwähnt.

Mario Senn:

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Ich bin sehr erfreut, dass man die Bedarfserhebung vor allem auch unter Einbezug der Krippen machen wird und nicht unbedingt von Eltern, die von einer Subvention begünstigt wären. Wenn man eine Nachfrage erhebt mit subventionierten Preisen, ist es nicht verwunderlich, wenn die Nachfrage viel grösser ist, als sie es wäre, wenn nicht subventionierte Preise angegeben werden. Ich bin auch erfreut zu hören, dass Adliswil schon sehr gut aufgestellt ist und dass dies auch aufgrund privater Initiative mit privaten Krippen zustande kommt. Ich freue mich auch, dass der Stadtrat prüfen will, ob man die Betreuung integrieren und die Taxordnung vereinheitlichen kann. Dass man nicht unterschiedliche Angaben machen muss, ist für diejenigen, die Gesuche stellen möchten, sinnvoll, sonst müsste man ja sagen, da wiehere nicht ein Amtsschimmel, sondern eine ganze Herde. Ich finde auch gut, dass man das Bruttoeinkommen respektive die Einkommensgrenze prüft und bezüglich Erwerbspensen sensibilisiert ist, damit es nicht zu Resultaten kommt, die man nicht grad als Missbrauch bezeichnen müsste, aber wo man mindestens sagen könnte, dass dies nicht gewünscht ist.

Schluss der Sitzung: 21.05 Uhr

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin